



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg  
Postfach 103439 • 70029 Stuttgart

## Elektronischer Versand:

An alle Strom- und/oder Gasnetzbetreiber  
in der Zuständigkeit der Landesregulierungs-  
behörde Baden-Württemberg

Stuttgart 30.09.2013

Name Frau Neumann/Frau Broock

Durchwahl 0711 -1249/-1247

E-Mail LRegB@um.bwl.de

Aktenzeichen 4-4455.3

(Bitte bei Antwort angeben!)

Nachrichtlich:

VfEW Baden-Württemberg e.V.

VkU Landesgruppe Baden-Württemberg



Rundschreiben 2013/05

Mitteilungspflichten nach § 28 Nr. 1, 3 und 4 ARegV

Anlagen

2 Prüflisten

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit diesem Rundschreiben gibt die Landesregulierungsbehörde Baden-Württemberg (LRegB) Hinweise zur Anpassung der Erlösobergrenze und zur Bildung der Netzentgelte.

Die verpflichtend vorzunehmende Anpassung der Erlösobergrenze nach § 4 Abs. 3 ARegV ist der LRegB gemäß § 28 Nr. 1 ARegV zum **01.01.2014** mitzuteilen. Hierzu hat die LRegB einen entsprechenden Erhebungsbogen, jeweils für Strom und Gas, auf ihrer Internetseite (<http://www.versorger-bw.de/versorger-in-baden-wuerttemberg/hinweise-erhebungsboegen/downloads.html>) veröffentlicht. Es wird empfohlen, dass alle Netzbetreiber ein internes Regulierungskontoblatt führen, worauf die auszugleichenden Zu- und Abschläge vermerkt sind, damit später ein erleichterter Abgleich mit den Buchungen bei der LRegB erfolgen kann.

Die **Erhebungsbögen nach § 28 Nr. 1 ARegV** („Anpassung der Erlösobergrenze“) sind, soweit im Einzelnen relevant, entsprechend auszufüllen und der LRegB in **elektronischer** (per CD/DVD oder E-Mail) **und in Schriftform** samt den **entsprechenden Nachweisen** jeweils bis zum 01.01.2014 vorzulegen. Es wird gebeten, bei elektronischer Übermittlung per E-Mail die E-Mailadresse LRegB@um.bwl.de zu verwenden.

Für die angepassten Ansätze der dauerhaft nicht beeinflussbaren Kosten sind die **Berechnungen nachvollziehbar darzulegen** und **geeignete Nachweise** (Rechnungskopien) vorzulegen.

Für die **Mitteilungspflicht gemäß § 28 Nr. 3 und 4 ARegV** sind die Netzentgelte einschließlich der Verprobungsrechnung über das Versorgerportal Baden-Württemberg elektronisch (<https://www.versorger-bw.de/metanavigation/anbieter-anmeldung/>) bis zum **01.01.2014** zu übermitteln. Neben dieser elektronischen Datenübermittlung ist auch die **schriftliche Dokumentation der Entgeltbildung** einschließlich des vollständigen Prüfberichts des Wirtschaftsprüfers zum Jahresabschluss 2012 nebst allen Ergänzungsbänden (soweit nicht bereits vorgelegt) gemäß § 28 Strom- bzw. GasNEV sowie das jeweilige veröffentlichte Preisblatt bis ebenfalls zum 01.01.2014 vorzulegen.

Obiger Abschnitt gilt, sofern die entsprechenden Vorjahresdaten von der LRegB bereits im Versorgerportal freigeschaltet worden sind. Ansonsten ist keine Eingabe weiterer Werte im Versorgerportal möglich. Ist noch keine Freischaltung der Vorjahresdaten durch die LRegB erfolgt, sind die Mitteilungen gemäß § 28 Nr. 3 und 4 ARegV **zumindest in schriftlicher Form zum 01.01.2014** vorzulegen und die Verprobungsrechnung im Versorgerportal nach Freischaltung der Vorjahreswerte durch die LRegB nachzureichen.

In der Anlage stellt Ihnen die LRegB zwei Prüflisten zur Verfügung. Die darin aufgeführten Punkte sollten bei der Anpassung der Erlösobergrenze bzw. der Ermittlung der Netzentgelte berücksichtigt werden.

Die LRegB stellt den Unternehmen anheim, bei Zweifelsfragen zur Anwendung insbesondere des § 4 Abs. 3 ARegV oder zur Vermeidung von späteren Beanstandungen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Anpassung, sich mit der LRegB diesbezüglich vorher abzustimmen.

Zu einzelnen regulierungsrechtlichen Aspekten noch folgende Anmerkungen:

## **I. Zur Anpassung der Erlösobergrenze**

### **1. Verbraucherpreisgesamtindex**

Das Statistische Bundesamt hat den Verbraucherpreisgesamtindex für das Jahr 2010 auf 100 normiert. Die LRegB passt nunmehr den Verbraucherpreisgesamtindex des Basisjahres, mit Anwendung ab der Anpassung der Erlösobergrenzen 2014, ebenfalls auf 100 an. Aus diesem Grund können die alten Erhebungsbögen im Gasbereich nicht mehr verwendet werden.

Laut Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes ist der Verbraucherpreisgesamtindex im Jahr 2012 auf 104,1 festgesetzt worden (vgl. Statistisches Bundesamt, Verbraucherpreisindex für Deutschland). Der bisherige Ansatz **muss** daher seitens der Netzbetreiber gemäß § 4 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 ARegV angepasst werden.

### **2. Kosten für die erforderliche Inanspruchnahme vorgelagerter Netzebenen**

Bei der Berechnung der Kosten für die erforderliche Inanspruchnahme vorgelagerter Netzebenen („vorgelagerte Netzkosten“) ist auf die für das Kalenderjahr 2014 maßgeblichen Netzentgelte bzw. die veröffentlichten voraussichtlichen Netzentgelte des vorgelagerten Netzbetreibers abzustellen. Soweit diese nicht bekannt sind, sind die Entgelte des Jahres 2013 anzusetzen.

Abweichungen von den Ist-Mengen des Jahres 2012 sind in der schriftlichen Dokumentation einschließlich der jeweiligen Herleitung des Planansatzes für das Jahr 2014 darzulegen. Des Weiteren sind diese Planansätze dann auch in der Verprobungsrechnung nach § 20 StromNEV bzw. § 16 GasNEV anzusetzen. D.h. die Summe der eingespeisten Menge abzüglich ggf. von Verlustenergiemengen (welche in der Dokumentation gesondert anzugeben sind) muss der Menge laut Verprobungsrechnung entsprechen. Erhebliche prognostizierte Verlustenergiemengen (> 4 %) sind zu begründen.

### **3. Vorgehensweise bei noch laufenden oder gerichtlichen Verfahren und bei Änderungen der Netzentgeltverordnungen**

Bei noch laufenden regulatorischen oder gerichtlichen Verfahren, beispielsweise bei Anträgen auf Genehmigung eines allgemeinen Erweiterungsfaktors, sieht die LRegB grundsätzlich keine Zulässigkeit, diese seitens des Netzbetreibers bei der Anpassung der Erlösobergrenze einzubeziehen, d.h. die sich im Falle einer nachträglichen Genehmigung bzw. Festlegung oder nachträglichen gerichtlichen Entscheidungen ergebenden Abweichungen sind **über das Regulierungskonto** abzuwickeln. Etwaige Änderungen an den Erlösobergrenzen, die sich aus der Verordnung vom 14.08.2013 (BGBl. I, S. 3250) ergeben könnten (Indexreihen, EK-II-Zinssatz), sind ebenfalls erst dann einzubeziehen, wenn die LRegB entsprechende geänderte Erlösobergrenzen festgelegt hat.

Abweichend hiervon ist im Fall eines beantragten EEG-Erweiterungsfaktors, über den seitens der LRegB noch nicht entschieden wurde, dieser in der beantragten Höhe einzubeziehen. Auch sofern die LRegB die Zu- oder Abschläge auf die Erlösobergrenzen nach Maßgabe des § 19 ARegV (Qualitätselement) bereits formlos mitgeteilt hat, sind diese bei der Anpassung der Erlösobergrenze einzubeziehen. Etwaige Abweichungen gegenüber den förmlichen Festlegungen werden in diesen Fällen über das Regulierungskonto nach § 5 ARegV abgewickelt.

### **4. Besonderheiten bei Stromnetzen**

#### **4.1 Entgelte nach § 19 Abs. 3 StromNEV**

Im Zuge einer Angleichung der Regulierungspraxis der Regulierungsbehörden werden die Kosten für die singulären Betriebsmittel nun wie die Kosten für das vorgelagerte Netz behandelt.

#### **4.2 Netzbetreiber gleicher Spannungsebene**

Bei der Ermittlung der vorgelagerten Netzkosten ist weiterhin das gemeinsame Positionspapier der Landesregulierungsbehörde und der EnBW Regional AG (dieses ist sinngemäß auch auf andere vorgelagerte Netzbetreiber anzuwenden) zur Kostenwälzung nach § 14 StromNEV "Netzbetreiber gleicher Spannungsebene" maßgebend. Ergibt sich aus dem Positionspapier ein entsprechender Nachlass, muss mindestens dieser bei der Berechnung der vorgelagerten Netzkosten (unabhängig davon, ob eine entsprechende Vereinbarung mit dem vorgelagerten Netzbetreiber getroffen wurde) berücksichtigt werden. Sollte der vorgelagerte Netzbetreiber nicht bereit sein, eine

entsprechende Vereinbarung basierend auf dem Positionspapier abzuschließen, bittet die LRegB um eine diesbezügliche Mitteilung. Soweit tatsächlich noch höhere Nachlässe als nach dem Positionspapier gewährt werden, sind die tatsächlichen Entgelte maßgebend.

#### **4.3 Berechnung der vermiedenen Netzentgelte**

Bei der Berechnung der Kosten für vermiedene Netzentgelte nach § 11 Abs. 2 Satz 1 Nr. 8 ARegV reicht eine vereinfachte Ermittlung der vorgelagerten Netzkosten samt vermiedener Netzentgelte anhand der Gesamthöchstlast des Netzes nicht aus. Vielmehr sind die Kosten für die vermiedenen Netzentgelte separat anhand der jeweiligen Vermeidungsarbeit und -leistung zu ermitteln. Dabei sind unabhängig von den tatsächlichen Benutzungsstunden die Entgelte  $\geq 2.500$  h/a anzusetzen (vgl. hierzu auch die Anlage 1 zu den Hinweisen hinsichtlich der Anpassung der Erlösobergrenze 2013 der Bundesnetzagentur; abrufbar auf deren Internetseite unter folgendem Link:

[http://www.bundesnetzagentur.de/DE/Sachgebiete/ElektrizitaetundGas/Unternehmen\\_Institutionen/Netzentgelte/Strom/Erloesobergrenzen/erloesobergrenzen-node.html](http://www.bundesnetzagentur.de/DE/Sachgebiete/ElektrizitaetundGas/Unternehmen_Institutionen/Netzentgelte/Strom/Erloesobergrenzen/erloesobergrenzen-node.html).)

#### **4.4 Kosten für die Nachrüstung von Wechselrichtern nach § 10 Abs. 1 SysStabV**

Bei der Einbeziehung von Kosten nach § 11 Abs. 2 Satz 1 Nr. 5 ARegV wird die LRegB einen Kostenansatz von bis zu 300,- € je Nachrüstung eines Wechselrichters gem. § 10 Abs. 1 SysStabV nicht beanstanden. Die LRegB wird jedoch über das Regulierungskonto nicht nur einen Plan-Ist Mengenabgleich vornehmen, sondern auch einen Kostenabgleich, ggf. unter Berücksichtigung einer Festlegung nach § 32 Abs. 1 Nr. 4b ARegV.

#### **4.5 Referenzpreis Verlustenergie (nicht im vereinfachten Verfahren)**

Bislang hat die LRegB für die 2. Regulierungsperiode noch keine Festlegung zur Zuordnung von Kosten für die nach den Vorgaben der „freiwilligen Selbstverpflichtung BW zur Verlustenergie; 2. Regulierungsperiode“ beschafften Verlustenergiemengen als dauerhaft nicht beeinflussbare Kostenanteile getroffen (vgl. Rundschreiben 2013/3 vom 02.09.2013).

Der endgültige Referenzpreis Verlustenergie wird von der LRegB den betroffenen Netzbetreibern daher ggf. noch gesondert mitgeteilt werden, sobald die beabsichtigte Festlegungsentscheidung für die 2. Regulierungsperiode getroffen worden ist und

feststeht, welche Netzbetreiber überhaupt an der freiwilligen Selbstverpflichtung teilnehmen.

Für die Netzentgeltbildung zum 15.10. ist vorläufig vom einem Referenzpreis von 5,9442 ct/kWh (EEX-Preis im Jahr 2011 für 2012) auszugehen.

## **5. Besonderheiten bei Gasnetzen**

### **Kosten für Lastflusszusage**

Wie die LRegB bereits mehrfach mitgeteilt hat, gelten Lastflusszusagen nicht als dauerhaft nicht beeinflussbare Kosten i.S.v. § 11 Abs. 2 ARegV, d.h. Lastflusszusagen dürfen nicht im Rahmen der Anpassung der Erlösobergrenze nach § 4 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 ARegV als dauerhaft nicht beeinflussbare Kosten i.S.v. § 11 Abs. 2 ARegV einbezogen werden.

## **II. Zur Bildung der Netzentgelte und deren Eingabe im Versorgerportal Baden-Württemberg**

### **1. Allgemeine Hinweise zur Eingabe der Netzentgelte im Versorgerportal Baden-Württemberg**

Die über das Versorgerportal mitzuteilenden Netzentgelte sollen das veröffentlichte Preisblatt des jeweiligen Netzbetreibers widerspiegeln. Daher müssen die Daten im Versorgerportal mit den Daten des veröffentlichten Preisblatts übereinstimmen. Dabei ist auch die Vollständigkeit der Angaben von zentraler Bedeutung. Klarstellend wird daher darauf hingewiesen, dass sämtliche angebotenen Entgelte sowohl auf dem veröffentlichten Preisblatt als auch im Versorgerportal anzugeben sind. Demzufolge sind auch solche Entgelte aufzuführen, die zwar angeboten werden, bislang allerdings noch nicht nachgefragt worden sind (z.B. bei den Entgelten für den Messstellenbetrieb oder sog. intelligente Zähler).

Bei der Eintragung im Versorgerportal ist im Gasbereich darauf zu achten, dass keine Mehrfachnennungen gleicher Entgelte erfolgt. Zu unbeabsichtigten Mehrfachnennungen kann es beispielsweise kommen, wenn sich einzelne Angaben in den Rubriken „Entgelte Messung“, „Entgelte Messstellenbetrieb“ und „Entgelte Abrechnung“ in der „Bearbeiten“-Ansicht lediglich im Feld „Bezeichnung“ (Überschrift) unterscheiden, da diese Bezeichnungen bzw. Überschriften später in der „Ergebnisse-Ansicht“ nicht abgebildet werden. Daher wird empfohlen, eine abschließende Durchsicht der einzureichenden Daten in der „Ergebnisse-Ansicht“ vorzunehmen, da die Veröffentlichung auf der Internetseite in dieser Darstellungsform erfolgt.

Neben den Netzentgelten ist im Versorgerportal (unter „Zusammenfassung“) ebenfalls die der Verprobung der Netzentgelte zugrunde gelegte Erlösobergrenze und deren Aufteilung auf die Bereiche „Spannungsebene“ bzw. „Druckebenen“, „Messung“, „Messstellenbetrieb“ und „Abrechnung“ einzutragen.

### **2. Hinweis bei fehlender Freischaltung der Vorjahreswerte im Versorgerportal**

Für die **Mitteilungspflicht gemäß § 28 Nr. 3 und 4 ARegV** sind die Netzentgelte einschließlich der Verprobungsrechnung über das Versorgerportal Baden-Württemberg elektronisch (<https://www.versorger-bw.de/metanavigation/anbieter-anmeldung/>) bis zum **01.01.2014** zu übermitteln. Neben dieser elektronischen Datenübermittlung ist auch die **schriftliche Dokumentation der Entgeltbildung** einschließlich des vollständigen Prüfberichts des Wirtschaftsprüfers zum Jahresabschluss 2012 nebst allen Ergänzungsbänden (soweit nicht bereits vorgelegt) gemäß § 28 Strom- bzw. GasNEV

sowie das jeweilige veröffentlichte Preisblatt bis ebenfalls zum 01.01.2014 vorzulegen.

Obiger Abschnitt gilt, sofern die entsprechenden Vorjahresdaten von der LRegB bereits im Versorgerportal freigeschaltet worden sind. Ansonsten ist keine Eingabe weiterer Werte im Versorgerportal möglich. Ist noch keine Freischaltung der Vorjahresdaten durch die LRegB erfolgt, sind die Mitteilungen gemäß § 28 Nr. 3 und 4 ARegV **zumindest in schriftlicher Form zum 01.01.2014** vorzulegen und die Verprobungsrechnung im Versorgerportal nach Freischaltung der Vorjahreswerte durch die LRegB nachzureichen. Sobald die Eingabe im Versorgerportal möglich ist, wird die LRegB darüber informieren.

### **3. Messsysteme i.S.v. § 21d Abs. 1 EnWG und unterjährige Mess- und Abrechnungsintervalle**

Für nach § 21c EnWG einzubauende Messsysteme („intelligente Zähler“, „smart meter“) sind entsprechende Entgelte zu bilden und in die Netzentgeltkalkulation aufzunehmen. Des Weiteren sind für Kunden ohne Leistungsmessung nach § 18b StromNZV bzw. § 38b GasNZV i.V.m. § 40 Abs. 3 Satz 2 EnWG Entgelte für Messung und Abrechnung für monatliche, vierteljährliche oder halbjährliche Mess- bzw. Abrechnungsintervalle zu bilden. Diese, je nach Mess- bzw. Abrechnungsintervall, unterschiedlichen Entgelte müssen in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen, d.h. i.d.R. dürfte eine monatliche Messung bzw. Abrechnung jährlich insgesamt das 12fache einer jährlichen Messung bzw. Abrechnung (Vergleich der Entgelte auf der Basis €/a) kosten. Ebenso müssen die Abrechnungsentgelte für Kunden mit Leistungsmessung in einem angemessenen Verhältnis zu den Abrechnungsentgelten für Kunden ohne Leistungsmessung stehen, d.h. i.d.R. dürften sich die Abrechnungsentgelte bei einem monatlichen Abrechnungsintervall zwischen Kunden mit Leistungsmessung und Kunden ohne Leistungsmessung nicht wesentlich unterscheiden.

Sofern ein Netzbetreiber auch Messsysteme i.S.v. § 21d Abs. 1 EnWG einbaut, deren Funktionsumfang und Kosten über den Standardzähler hinausgehen, sind auf der Abrechnung für den Messstellenbetrieb zwei Entgeltanteile getrennt auszuweisen:

- a) Entgelt im Rahmen der regulierten Aufgabe (Entgelt gemäß Preisblatt für Messsystem i.S.v. § 21d Abs. 1 EnWG (Basiszähler))
- b) Entgeltzuschlag für weitergehende Funktionen des Messsystems im Rahmen wettbewerblichen Handelns.



#### **4. Vorgangsbezogene Abrechnungsentgelte**

Nach § 17 Abs. 7 Satz 1 Strom- bzw. GasNEV in Verbindung mit § 17 Abs. 1 Satz 1 ARegV, sind – wie bisher auch – lediglich zeitraumbezogene (€ je Zeitraum, z.B. je Jahr) Entgelte für Messung und Abrechnung zulässig. Die Kosten je Kostenstelle sind auf die Summe der Entnahmestellen bzw. Ausspeisepunkte (und nicht auf die Anzahl der Vorgänge) aufzuteilen. Des Weiteren stellt § 17 Abs. 7 Satz 2 StromNEV bzw. § 17 Abs. 7 Satz 3 GasNEV klar, dass für jede Entnahmestelle bzw. jeden Ausspeisepunkt (und nicht für jeden Vorgang) die Entgelte zu erheben sind. Eine vorgangsbezogene Abrechnungsweise der Mess- und Abrechnungsentgelte widerspricht diesen Grundsätzen. Damit liegt in der vorgangsbezogenen Abrechnungsweise ein Verstoß gegen die Kalkulationsgrundlagen der Strom- bzw. GasNEV vor und damit auch ein Verstoß gegen § 30 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 EnWG.

Auch hat die vorgangsbezogene Abrechnungsweise der Entgelte für Messung und Abrechnung „Wechselgebührencharakter“. So führt jeder Wechsel des Netznutzers zu einem anderen Strom- bzw. Gashändler zu einer erneuten Inrechnungstellung der Entgelte und damit zu einer erheblichen Verteuerung der Kosten des Händlers für die Anwerbung neuer Kunden. Der Betrag ist im Hinblick auf die relativ engen Margen durchaus geeignet, Wettbewerber vom Eintritt in den Wettbewerb im Versorgungsgebiet des integrierten Unternehmens abzuhalten und verstößt daher auch gegen § 30 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 EnWG.

Die LRegB bittet daher die Netzbetreiber, dies bei der Ermittlung der Netzentgelte zu berücksichtigen.

#### **5. Entgelte für die Messung**

Die LRegB weist darauf hin, dass bei den Entgelten für die Messung lediglich eine Unterscheidung in Kunden mit Leistungsmessung und in Kunden ohne Leistungsmessung, differenziert nach dem jeweiligen Mess- bzw. Abrechnungsintervall, zulässig ist. Eine Unterscheidung nach der Art der Zähler bzw. Größe des Zählers ist hingegen nicht zulässig.

#### **6. Kommunalrabatt**

Es wird darauf hingewiesen, dass Kommunalrabatte bereits bei der Verprobung im Rahmen der Netzentgeltbildung zum 01.01.2014 berücksichtigt sein müssen. Der „nachträgliche“ Ansatz von Kommunalrabatten über das Regulierungskonto ist nicht zulässig. Im Versorgerportal Baden-Württemberg sind bei Gewährung eines Kommu-

nalrabatts die entsprechenden reduzierten Netzentgelte einzutragen. Eine lediglich zusammengefasste Darstellung der Höhe des Nachlasses ist nicht ausreichend. Für den Strombereich sind die Entgelte unter „Entgelte mit Preisnachlässen gemäß § 3 KAV“ in der Rubrik „sonstige Entgelte“ einzutragen; im Gasbereich unter „NNE mit Preisnachlässen inkl./exkl. vgNK“.

Im veröffentlichten Preisblatt ist zumindest ein Hinweis auf die Gewährung eines solchen Kommunalrabatts und dessen Höhe, ggf. einschließlich einer Kennzeichnung der jeweiligen begünstigten Konzessionsgemeinden, aufzunehmen.

## **7. Netzentgelte nach § 19 Abs. 2 Satz 1 und 2 StromNEV**

Im Versorgerportal Baden-Württemberg sind bei Gewährung von Netzentgelten gemäß § 19 Abs. 2 Satz 1 und 2 StromNEV die regulären Netzentgelte in voller Höhe und nicht die reduzierten Netzentgelte einzutragen. Grund hierfür ist, dass die Reduzierung der Netzentgelte über die Umlage dem Netzbetreiber erstattet wird. Es müssen dabei keine Kunden angegeben werden.

Anzumerken ist an dieser Stelle, dass unterbrechbare Versorgungsanlagen gemäß § 14 a) EnWG nicht dazugehören (vgl. hierzu Ziffer 10.2 dieses Schreibens).

## **8. Konzessionsabgabe**

Netzbetreiber müssen nach den Vorgaben des § 27 Strom- bzw. GasNEV die für das Netz geltenden Netzentgelte veröffentlichen. Bestandteil dieser Netzentgelte ist u.a. auch die jeweils erhobene Konzessionsabgabe. Der Netzbetreiber ist daher verpflichtet, in seiner Veröffentlichung der Netzentgelte auch die Höhe der jeweiligen Konzessionsabgabe im Netzgebiet aufzunehmen. Bei räumlichen Unterschieden ist darzulegen, in welchen Teilen des Netzgebietes welche Konzessionsabgabe zur Anwendung kommt. Dabei ist eine konkrete Angabe in ct/kWh erforderlich, schematische Angaben („höchste zulässige Konzessionsabgabe“) sind nicht ausreichend.

## **9. Gültigkeitsdatum**

Bitte prüfen Sie vor der Übermittlung Ihrer Daten über das Versorgerportal Baden-Württemberg nochmals das Gültigkeitsdatum, ab welchem die Entgelte zur Anwendung kommen sollen. Dies muss grundsätzlich auf den 01.01. lauten.

## 10. Besonderheiten für Stromnetzbetreiber

### 10.1 Entgelte für unterbrechbare Verbrauchseinrichtungen

Die Bundesnetzagentur (BNetzA) hat im Rahmen der Festlegung zur § 19 StromNEV-Umlage vom 14.12.2011 (Az. BK8-11-024) angekündigt, eine Festlegung nach § 14a EnWG i.V.m. § 17 Abs. 8 StromNEV für unterbrechbare Verbrauchseinrichtungen zu treffen. Bislang hat die BNetzA eine solche Festlegung nicht getroffen.

Für die Netzentgeltermittlung für das Jahr 2014 sieht die LRegB daher die nachfolgend dargestellten Grundsätze für die Berechnung der Netzentgelte für unterbrechbare Verbrauchseinrichtungen i.S.d. § 14a EnWG für anwendbar an.

Die Entgelte für unterbrechbare Verbrauchseinrichtungen i.S.d. § 14a EnWG können

- a) mit einem **Nachlass von 80%** gegenüber dem allgemein gültigen Netzentgelt angesetzt werden, wenn
  - vertraglich und technisch sichergestellt ist, dass die Entnahmestelle ausschließlich in den Nachtstunden Strom aus dem Netz bezieht; wobei es insoweit ausreichend ist, wenn die Stromentnahme in den Nachtstunden messtechnisch gesondert erfasst und nur insoweit für die Nachtstunden die herabgesetzten Netzentgelte angesetzt werden (Elektrospeicherheizungen oder -wärmepumpen mit phasenbezogener Messung) und
  - die zeitgleiche Jahreshöchstlast aller Entnahmen der jeweiligen Netzebene nicht innerhalb der Nachtstunden liegt und damit die Jahreshöchstlast erheblich von der zeitgleichen Jahreshöchstlast aller Entnahmen in der Netzebene abweicht.
- b) mit einem **Nachlass von 60%** gegenüber dem allgemein gültigen Netzentgelt angesetzt werden, wenn

- vertraglich und technisch sichergestellt ist, dass durch die Entnahmestelle eine Entnahme nicht innerhalb des Hochlastzeitfensters Winter<sup>1</sup> erfolgt; wobei eine vom Allgemeinstrom getrennte Messung erfolgen muss, nicht aber notwendigerweise eine phasenbezogene Messung, die zwischen Tag- und Nachtstunden unterscheidet (i.d.R. Elektrowärmepumpen) sowie
- die zeitgleiche Jahreshöchstlast aller Entnahmen der jeweiligen Netzebene nicht innerhalb der Nachtstunden liegt und damit die Jahreshöchstlast der Entnahmestelle erheblich von der zeitgleichen Jahreshöchstlast aller Entnahmen in der Niederspannung abweicht.

Durch die Entgelte für unterbrechbare Verbrauchseinrichtungen i.S.d. § 14a EnWG dürfen sich nach Auffassung der LRegB die Netzentgelte der übrigen Netzkunden nicht wesentlich erhöhen. Diese Grenze sieht die LRegB bei einer maximal 5-prozentigen Netzentgelterhöhung für die übrigen Netzkunden, d.h. erhöhen sich durch die Entgelte für unterbrechbare Verbrauchseinrichtungen i.S.d. § 14a EnWG die Netzentgelte für die übrigen Netzkunden in Summe um über 5%, sind die oben dargestellten Nachlässe gleichmäßig entsprechend zu reduzieren.

## 10.2 Straßenbeleuchtung

Gemäß § 18 Abs. 1 Satz 3 und 4 StromNZV i.V.m. § 17 Abs. 6 Satz 4 StromNEV kann bei öffentlichen Verbrauchseinrichtungen (insbesondere der Straßenbeleuchtung) die abgenommene Elektrizität auch rechnerisch ermittelt oder geschätzt werden, wenn die Kosten der Messung außer Verhältnis zur Höhe des Verbrauchs stehen und diese Ermittlung von Arbeit und Leistung mit hinreichender Sicherheit zu vergleichbaren zuverlässigen Ergebnissen führt wie eine Leistungsmessung mittels Lastgangmessung; davon ist insbesondere bei Straßenbeleuchtungsanlagen auszugehen, wenn deren Ein- und Ausschaltzeiten bekannt sind und der Lastverlauf berechenbar ist. Eine Ermittlung von Arbeit und/oder Leistung bei Betrieb von Straßenbeleuchtungsanlagen über Einschaltzeiten, gesicherter Kenntnis der Leistung und Anzahl von Leuchtmitteln oder vergleichbaren gesicherten Umständen kann je nach Ausgestaltung der Betriebsführung und Vernetzung genügen für die Zugrundlegung von Netzentgelten mit Leistungsmessung, wenn die derartige Ermittlung von Arbeit

---

<sup>1</sup> Zur Ermittlung des Hochlastzeitfensters Winter wird auf den die Festlegung der BNetzA zur Genehmigung individueller Netzentgelte nach § 19 Abs. 2 Satz 1 StromNEV vom 05.12.2012 (BK4-12-1656) verwiesen.

und Leistung mit hinreichender Sicherheit zu vergleichbaren zuverlässigen Ergebnissen führt.

Die Ermittlung der Arbeits- und ggf. der Leistungswerte muss im Bericht nach § 28 StromNEV vollständig nachvollziehbar dargestellt werden; dabei ist auch darzulegen, in welchem Umfang Leitungsverluste berücksichtigt wurden.

Auf § 3 KAV wird hingewiesen.

### **10.3 Sonstige Erlöse**

Ferner weist die LRegB darauf hin, dass die (geplanten) Erlöse aus der Erstattung der entgangenen Erlöse durch die Übertragungsnetzbetreiber aufgrund individueller Netzentgelte nach § 19 Abs. 2 Satz 1 StromNEV und nach § 19 Abs. 2 Satz 2 StromNEV in der Verprobungsrechnung als sonstige Erlöse (im Versorgerportal Baden-Württemberg einzutragen als sonstige Entgelte) zu berücksichtigen sind.

## **11. Besonderheiten für Gasnetzbetreiber**

### **11.1 Sonderentgelte gem. § 20 Abs. 2 GasNEV**

Sonderentgelte gem. § 20 Abs. 2 GasNEV sollten gemäß dem Leitfaden der Regulierungsbehörden zur Ermittlung von Sonderentgelten nach § 20 Abs. 2 GasNEV kalkuliert und veröffentlicht werden.

Sofern ein NB Sonderentgelte gem. § 20 Abs. 2 GasNEV anbietet, deren Höhe nicht mindestens dem Leitfaden entspricht, wird die LRegB im Rahmen der Ermittlung des Regulierungskontos die Sonderentgelte gem. § 20 Abs. 2 GasNEV in der Höhe ansetzen, die sich gemäß dem Leitfaden ergeben würden, d.h. entsprechende Mindererlöse gehen zu Lasten des NB.

### **11.2 Netzentgelte inklusive / exklusive vorgelagerter Netzkosten**

Im Gasbereich sind sowohl die Netzentgelte inklusive vorgelagerter Netzkosten als auch exklusive vorgelagerter Netzkosten über das Versorgerportal zu übermitteln.

### **11.3 Entgelte aus abschaltbaren Gasnetzanschlussverträgen**

Bereits genehmigte Sondernetzentgelte für abschaltbare Gasnetzanschlussverträge gemäß dem Rundschreiben der LRegB Nr. 2012/09 vom 08.10.2012 sind in die

Verprobung einzubeziehen. Beantragte, aber noch nicht genehmigte Sondernetzentgelte sind nicht berücksichtigungsfähig.

Die Erlöse aus Netzentgelten aus abschaltbaren Gasnetzanschlussverträgen sind im Versorgerportal Baden-Württemberg als „Weitere Erlöse“ in der Rubrik „Sonstige Entgelte“ einzutragen. Die Berechnung dieser Erlöse ist in der schriftlichen Dokumentation der Entgeltbildung nachvollziehbar darzulegen, d.h. unter Angabe des jeweiligen Netzkunden, des jeweiligen reduzierten Leistungspreises, der jeweiligen Jahreshöchstlast, des jeweiligen Arbeitspreises und der jeweiligen Arbeitsmenge.

#### **11.4 Entgelte für den Messstellenbetrieb**

Es wird darauf hingewiesen, dass alle angebotenen bzw. verfügbaren Zähler – nicht nur solche, die tatsächlich nachgefragt bzw. eingebaut worden sind – im Versorgerportal und auf dem Preisblatt anzugeben sind. Es ist ferner zu beachten, dass sämtliche Zähler in das Versorgerportal einzeln einzutragen sind. Eine Zusammenfassung von Zählern in unterschiedlichen Größen mit gleichem Entgelt ist nicht möglich. Folglich ist jeweils auch die Zählergröße unter der Rubrik „Größe“ anzugeben und der entsprechende Zählertyp auszuwählen. Die Kategorisierung eines Zählers als „Sonstiges“ dürfte i.d.R. nicht geboten sein, da das entsprechende Auswahlmenü die gängigen Zählertypen weitestgehend abdecken dürfte. Vielmehr dient die Rubrik „Sonstiges“ beispielsweise der Erfassung von angebotenen Zusatzgeräten oder ähnlichem. Darüber hinaus ist ebenfalls die Zählerverfügbarkeit für Kunden mit bzw. ohne Leistungsmessung zu beachten und entsprechend anzugeben. In diesem Zusammenhang wird nochmals daran erinnert, dass eine Übereinstimmung der Angaben im Versorgerportal und des veröffentlichten Preisblatts erforderlich ist.

Für weitere Fragen stehen Ihnen Ihr/e jeweilige/r Sachbearbeiter/-in (Frau Broock - 1247 (ab dem 07.10.), Herr Gesell -1248 (ab dem 07.10.), Frau Neumann -1249, Frau Pross -1243 und Herr Steinbach -1246 bzw. deren jeweilige Vertreter gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Kirschner

## **Anlage 1: Prüfliste für die Anpassung der Erlösobergrenzen**

1. Nachvollziehbare Berechnungen und geeignete Nachweise für die dauerhaft nicht beeinflussbaren Kosten?
2. Verbraucherpreisgesamtindex auf 104,1 angepasst?
3. Planansätze (Menge und Entgelte) für die Kosten für die erforderliche Inanspruchnahme vorgelagerter Netzebenen erläutert?
4. Entspricht die Summe der eingespeisten Menge abzüglich ggf. von Verlustenergiemengen der Menge laut Verprobungsrechnung?
5. Separate Berechnung der vermiedenen Netzentgelte anhand der jeweiligen Vermeidungsarbeit und -leistung (nur Strom)?
6. Planansätze (Menge und Preisansatz) für die Kosten für die Nachrüstung von Wechselrichtern § 10 Abs. 1 SysStabV erläutert (nur Strom)?
7. Prüfbericht des Wirtschaftsprüfers zum Jahresabschluss 2012 beigelegt (soweit nicht bereits – jeweils getrennt für Strom und Gas – vorgelegt)?

## **Anlage 2: Prüfliste für die Ermittlung der Netzentgelte**

1. Schriftliche Dokumentation der Ermittlung der Netzentgelte?
2. Stimmen Entgelte des veröffentlichten Preisblatts mit den Entgelten im Versorgerportal überein?
3. Entgelte für Messsysteme i.S.v. § 21d Abs. 1 EnWG angegeben?
4. Entgelte für Messung und Abrechnung für Kunden ohne Leistungsmessung auch für monatliche, vierteljährliche oder halbjährliche Mess- und Abrechnungsintervalle angegeben?
5. Angemessenes Verhältnis der Entgelte für Messung und Abrechnung bei einem monatlichen Mess- und Abrechnungsintervall im Vergleich zu einem jährlichen Mess- und Abrechnungsintervall?
6. Angemessenes Verhältnis der Entgelte für Messung und Abrechnung für Kunden ohne Leistungsmessung bei einem monatlichen Mess- und Abrechnungsintervall im Vergleich zu den Entgelten für Messung und Abrechnung für die Kunden mit Leistungsmessung?
7. Zeitraumbezogene Abrechnungsentgelte (€/a)?
8. Entgelte für die Messung nur differenziert nach dem jeweiligen Mess- und Abrechnungsintervall?



9. Sind bei den Entgelten für den Messstellenbetrieb alle Zähler mit Angaben der jeweiligen Zählergröße (Rubrik „Größe“) und des Zählertyps (Rubrik „Zählertyp“) im Versorgerportal einzeln angegeben (nur Gas)?
10. Wurden bei eventuell gewährten Netzentgelten gemäß § 19 Abs. 2 Satz 1 und 2 StromNEV die Netzentgelte in voller Höhe und nicht die reduzierten Netzentgelte im Versorgerportal angesetzt (nur Strom)?
11. Sind die reduzierten Entgelte bei Gewährung eines Kommunalrabatts im Versorgerportal angegeben und ist der Kommunalrabatt veröffentlicht?
12. Höhe der konkreten Konzessionsabgabe (ct/kWh) veröffentlicht?
13. Entsprechen die Entgelte für unterbrechbare Verbrauchseinrichtungen i.S.d. § 14a EnWG den Grundsätzen des Rundschreibens 2013/05 der LRegB, insbesondere hinsichtlich Nachlass von maximal 60% bzw. 80% sowie keine wesentliche Netzentgelerhöhung für die übrigen Netzkunden (max. 5%) (nur Strom)?
14. Ggf. Erläuterung der rechnerischen oder geschätzten Ermittlung der abgenommenen Elektrizität öffentlicher Verbrauchseinrichtungen (Straßenbeleuchtung) (nur Strom)?
15. Sind Erlöse aus der Erstattung der entgangenen Erlöse durch die Übertragungsnetzbetreiber aufgrund individueller Netzentgelte nach § 19 Abs. 1 Satz 1 StromNEV und nach § 19 Abs. 1 Satz 2 StromNEV verprobt (nur Strom)?
16. Sind gesonderte Netzentgelte nach § 19 Abs. 3 StromNEV bzw. § 20 Abs. 2 GasNEV in der Verprobung aufgeführt und veröffentlicht?

17. Sind die Entgelte für abschaltbare Verträge (Gas) in der Verprobung aufgeführt, deren Ermittlung in der Dokumentation der Entgeltbildung dargelegt sowie veröffentlicht?
18. Sind die Netzentgelte exklusive vorgelagerter Netzkosten im Versorgerportal angegeben (nur Gas)?
19. Stimmt die in der Zusammenfassung des Versorgerportals angegebene Erlösobergrenze mit der angepassten Erlösobergrenze aus dem Erhebungsbogen § 28 Nr. 1 ARegV überein?
20. Entspricht die Differenz der Erlösobergrenze inkl. vorgelagertem Netz und exklusive vorgelagertem Netz den Kosten für die Inanspruchnahme der vorgelagerten Netzebenen (nur Gas)?
21. Beträgt die Abweichung zwischen der Erlösobergrenze und den verprobten Erlösen unter  $\pm 1\%$ ?
22. Gültigkeitsdatum im Versorgerportal auf den 01.01. gesetzt?